

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 55 (1961)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Alternativen in Afrika  
**Autor:** Sachs, E.S.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140550>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Bis zum letzten Atemzug muß der widersprechen und rufen, dem Stimme gegeben ist — sei es auch nur «zum Zeugnis» über «sie», die Führenden, die sich abermals als «blinde Blindenführer» erweisen; als Turmbauer auf den Sand wirtschaftlichen und politischen Erfolges eines *Teilstücks* des Landes; als Teufelswundergläubige, die die Geister nicht mehr zu unterscheiden wissen. Sie werden das «*Volk der Volksaktionäre*» in den Abgrund führen des Bruder-Bürgerkriegs, für den sie *atomar* rüsten, um *ganz Europa* in eine Wüste zu verwandeln.

Des Unheils Schatten  
Liegt auf dem Land.  
Riecht ihr den Brand?  
Hört ihr die Ratten?

*Georg D. Heidingsfelder*

## Alternativen in Afrika

E. S. Sachs, ein bekannter britischer Gewerkschaftsführer, der jahrzehntelang in Südafrika wirkte, wurde 1954 von der Regierung jenes Landes ausgewiesen. Er arbeitet eng mit der britischen Labourparty zusammen, ist also alles andere als ein Kommunist. *Red.*

Brief an «New Statesman», 24. February 1961.

Die Probleme des Kongo stehen im engen Zusammenhang mit denen des ganzen südlichen Afrika von Stanleyville bis Kapstadt. Die Propaganda des Kalten Krieges mag wohl das britische Volk und allgemein die Völker des Westens verwirren. Sie bietet aber keine Lösung für die steigende Spannung im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents.

Die nationale Revolution, die sich in den letzten Jahren über Asien, den Mittleren Osten und den Norden und Nordwesten von Afrika ausbreitete, hat nun den südlichen Teil Afrikas erreicht, eines der reichsten Gebiete der Welt, mit 40 Millionen schwarzen und dreieinhalb Millionen europäischen Einwohnern.

Die Geschichte des südlichen Teils Afrikas ist die Geschichte von Eroberung, Unterdrückung und Enteignung ganzer afrikanischer Gemeinschaften. Ausländische — britische, belgische, amerikanische und andere (schweizerische z. B.) Kapitalisten haben riesige Vermögen aus den Gold-, Kupfer-, Diamanten- und anderen Mineralschätzen dieses Sub-Kontinents herausgewirtschaftet, während die afrikanische Bevölkerung in Elend und Knechtschaft hinuntergedrückt wurde. Die Methoden der weißen Herrscher haben sich mit der Zeit von Ort zu Ort gewandelt, aber ihr Ziel ist immer dasselbe geblieben: *ein Reservoir billiger afrikanischer Arbeitskräfte zu schaffen und zu erhalten.*

Die afrikanischen Völker haben nun genug von der weißen christ-

lichen Zivilisation und sind entschlossen, Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu gewinnen. Mit diesem Kampf ist Großbritannien aufs engste verbunden. Wo sich keine weißen Siedler befinden und keine bedeutenden Bodenschätze, ist man bereits zu einer Verständigung gelangt, aber im Süden, wo sich unermessliche Reichtümer an Mineralien befinden, Eigentum und ausgebeutet von internationalen Finanzleuten und europäischen Siedlergesellschaften, scheint eine heftige Explosion bevorzustehen.

Großbritannien hat hier die Wahl. Es kann entweder die heutige Politik der Beherrschung durch die Weißen und kolonialer Ausbeutung fortsetzen. Das bedeutet weitere Massaker, mehr Gefängnisse, größere Konzentrationslager, oder es kann mit der Zeit schreiten und sich mit Afrika verständigen, so lange noch Zeit ist. Die erste Alternative wird im besten Fall einen zeitweiligen Erfolg zweifelhafter Art sichern. Die Spannung wird sich erhöhen und die Furcht immer mehr ausbreiten. Im gegebenen Moment wird sich das ganze südliche Afrika erheben und sich mit Gewalt aneignen, was ihm rechtmäßig gehört. In diesem Zusammenstoß, der unvermeidlich erscheint, wenn die gegenwärtige Politik fortgesetzt wird, werden die *Afrikaner wohl leiden, aber sie werden überleben*. Die Weißen andererseits werden überwältigt werden.

Die andere Möglichkeit bedeutet, daß die weißen Bergwerkbesitzer freie Arbeiter anstellen, bei einem Lohn, der ein anständiges Leben gestattet, statt Halbsklaven zu wenigen Schillingen im Tag: sie werden sich auch damit abfinden müssen, daß ihre Dividende von 200 oder 300 Prozent auf ein vernünftiges Niveau sinkt. Es bedeutet das Ende der «Föderation», die weiter nichts als verkleidete weiße Herrschaft ist. Es ist das Ende der Herr- und Knecht-Gesellschaft, das Ende auch der Apartheid, der Partnerschaft, Bantustans und aller anderen Schikanen. Aber nur diese zweite Möglichkeit wird für Weiß und Schwarz dauernden Frieden und Gedeihen bringen. Was immer die Konservativen und die Verfechter der weißen Herrschaft im südlichen Afrika zu tun gedenken, die britische Labourbewegung und das britische Volk müssen sich voll und ganz für die Freiheit der Afrikaner einsetzen.

E. S. Sachs

## Mörder als Verbündete

«Ein Mord ist verübt worden, wahrscheinlich von Personen, die verantwortliche Stellungen innehaben» — das war der spontane Kommentar Pandit Nehrus, als er vom Tode Lumumbas erfuhr. Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die Mörder Lumumbas tatsächlich höchste Regierungsstellen bekleiden.

Als erster kommt in Frage der Ministerpräsident der abgefallenen